

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Gemeinsame Briefmarken als Dialog zwischen «Nord» und «Süd»

Heute findet die Präsentation der Briefmarken der Gemeinschaftsausgabe Costa Rica – Liechtenstein statt – Projekt der Entwicklungshilfe

Erstmals hat sich unser Land zu einer gemeinsamen Briefmarkenausgabe mit einem anderen Staat entschlossen: Heute wird im Rahmen einer Feierstunde im Landesmuseum die Briefmarkenausgabe «Kulturelle Zusammenarbeit Costa Rica – Liechtenstein» der Öffentlichkeit vorgestellt. Diese gemeinsame Aktion, bei der ein liechtensteinerischer und ein costaricensischer Künstler je eine Briefmarke gestaltet, stellt über dieses Ereignis hinaus eine Dokumentation der Entwicklungsarbeit zwischen einem Staat des «Nordens» und einem Land des «Südens» dar.

Die Zusammenarbeit zwischen den entwickelten Industrieländern des Nordens und den Entwicklungsstaaten, die vornehmlich auf der südlichen Halbkugel angesiedelt sind, hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten stark gewandelt. «Die Entwicklungspolitik der sechziger und der ersten Hälfte der siebziger Jahre», erklärte Dr. Volkmar Köhler, Parlamentarischer Staatssekretär des deutschen Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit, «war von der Vorstellung geprägt, Wachstum ziehe Entwicklung

nach sich. Man hoffte, das durch Entwicklungshilfe geförderte Wirtschaftswachstum würde durch den trickle-down-Effekt auf alle Bevölkerungsschichten, auch auf die Ärmsten, durchsickern. Im Vordergrund der Entwicklungspolitischen Fördermassnahmen standen Vorhaben der materiellen Infrastruktur und Industrieobjekte. Seitdem haben sich die Konzepte der Entwicklungspolitik stark gewandelt. Da sich die Vorstellungen, von denen Entwicklungspolitik lange Zeit ausging, zu einem erheblichen Teil als irrig erwiesen haben, mussten neue Konzepte und Strategien gesucht und angewandt werden.»

Hilfe zur Selbsthilfe

Die liechtensteinische Entwicklungspolitik, vor allem vertreten durch den initiativen Präsidenten des Liechtensteinischen Entwicklungsdienstes, Edwin Kindle, hat sich schon vor geraumer Zeit als oberste Zielsetzung den Grundsatz gegeben, dass Hilfe in erster Linie «Hilfe zur Selbsthilfe» sein soll. Dieses Prinzip wurde auch im Bericht «Der Entwicklungsdienst in den achtziger Jahren» festgeschrieben und im Gesetz über die Förderung der Entwicklungshilfe erneut fixiert. «Entwicklungshilfe», heisst es in diesen grund-

sätzlichen Überlegungen, «ist unter Wahrung des Prinzips der Hilfe zur Selbsthilfe auszurichten auf die Hilfe zur Erfüllung der menschlichen Grundbedürfnisse.» In der Vereinbarung zwischen der Regierung und der Stiftung Liechtensteinerischer Entwicklungsdienst (LED) wurde dieser Grundsatz ebenfalls unterstrichen.

Zusammenarbeit mit Costa Rica

Obwohl Costa Rica nicht zu den ärmsten und bedürftigsten Ländern in Latein- und Mittelamerika zählt, wurden zwischen diesem kleinen Staat auf der iberamerikanischen Landbrücke schon vor längerer Zeit und Liechtenstein eine enge Zusammenarbeit aufgenommen. Eingesetzt hatte sich zuerst vor allem das «Institut zur Förderung der Erwachsenenbildung in Ibero-Amerika», das seinen Sitz in Vaduz hat, später auch der LED, der die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stellte. Dr. Rudolf Batliner, der selbst in Costa Rica als Helfer tätig war, bezeichnet den Aufbau und die Verwirklichung der Radioprojekte in Costa Rica als «ein Beispiel eines gelungenen Dialogs zwischen einem Land des «Südens» und einem Land des «Nordens». Von den 28 geplanten und von der Regierung von Costa Rica bewilligten 22 Radiosendern

sind heute 12 in Betrieb, mit denen das Bildungsprogramm «El Maestro en Casa» der armen Landbevölkerung übermittelt wird. Das «Projekt der kleinen Kultursender» hat sich offenbar sehr gut bewährt, so dass der Aufbau ähnlicher Projekte für andere Staaten studiert werden.

Briefmarken als Zeichen

Die gemeinsame Briefmarken-Ausgabe zwischen Costa Rica und Liechtenstein, die heute präsentiert wird, ist somit ein äusseres Zeichen für die gute Zusammenarbeit zwischen zwei Staaten. Dass die zwei Werte umfassende Sonderreihe, die unter dem Titel «Kulturelle Zusammenarbeit zwischen Costa Rica und Liechtenstein» erscheint, von einem Künstler aus Costa Rica und einem Graphiker aus Liechtenstein gestaltet wurde, verstärkt den Gedanken an die Kooperation zwischen zwei kleinen, aber doch sehr verschiedenen Staaten, die nicht viel Gemeinsamkeiten aufweisen. Diese Briefmarken-Ausgabe, die zu einem Zeitpunkt erscheint, in dem der Europarat zur «Nord-Süd-Kampagne» aufgerufen hat, könnte auch ein Appell an uns sein. Im Zeichen der Solidarität noch mehr zu tun für die Armen und Ärmsten dieser Welt. (G.M.)

KOMMENTAR

Im neuen Steuergesetz sollen – wie Regierungschef Hans Brunhart bei der Vorstellung der Vorlage erklärte – «in einem ausgewogenen System die Bedürfnisse natürlicher und juristischer Personen sowie liechtensteinische spezifische Verhältnisse» berücksichtigt worden sein. Deshalb bilde die Reformvorlage sowohl für den Staatshaushalt wie für den einzelnen Bürger «eine der wichtigsten Gesetzesvorlagen der letzten Jahre». Bei solcher Wichtigkeit, wie sie nun plakatiert wird, stellt sich doch die Frage, wieso denn mit dem Vorlegen dieses Gesetzesentwurfes so lange zugewartet worden ist. Das Ende der Reformarbeiten, die ursprünglich auf etwa fünf Jahre veranschlagt worden sind, war in den letzten Jahren mit schöner Regelmäs-

Eile mit Weile

sigkeit angekündigt worden. Das schleppe Verfahren wird heute damit begründet, dass ein grosses Werk mit dem Konsens der massgebenden Kreise eben seine Zeit brauche. Doch dahinter könnte noch eine andere Überlegung stecken, die nicht sachliche Beweggründe aufzuweisen hat, sondern politisches und parteipolitisches Kalkül. Steuergesetze sind nämlich, obwohl sie in unserem Falle nicht in erster Linie den Mehreinnahmen für die Staatskasse dienen sollen, in der Bevölkerung, die schliesslich das letzte Wort haben wird, nicht sehr populär. Wen ein Steuergesetz vorlegt, muss damit rechnen, dass der Stimmbürger den Wahlzettel als stille Waffe zur Korrektur benützt. Die letzten Wahlen gingen wohl deshalb ohne konkrete Vorlage, aber mit dem wiederholten Versprechen, möglichst zügig die Steuerreform mit all ihren Vorteilen voranzutreiben, über die Bühne. Jetzt trennen uns rund eineinhalb Jahre von dem nächsten Wahlkampf, so dass mit Sicherheit kalkuliert werden kann, dass die Steuerreform bis dahin wieder in Vergessenheit geraten ist. Der Landtag dürfte sich aller Voraussicht nach zwar noch in diesem Jahr mit dem Steuergesetz befassen, dann aber schleunigst eine Kommission bilden – und diese Kommission wird das Ergebnis ihrer Beratungen mit Sicherheit nicht vor dem Wahltermin 1990 präsentieren. Bis der Bürger, der schlussendlich wissen will, ob seine Steuerrechnung höher oder niedriger ausfällt, vor die Entscheidung gestellt ist, wird nochmals viel Wasser den Rhein hinunter geflossen sein. Da Steuergesetze, wie gesagt, unpopulär sind, hat sich die Taktik des Verzögerns bisher bewährt. Wahrscheinlich bewährt sie sich auch weiterhin, zumindest bis über die nächsten Wahlen hinaus. (G.M.)

Schweiz verstärkt humanitäre Hilfe

Bern (AP) Die Schweiz soll ihren Kampf zugunsten der Vertriebenen und Hungernden in den ärmsten Ländern der Welt verstärken. Zu diesem Zweck beantragt die Landesregierung dem Parlament für die kommenden drei Jahre eine massive Erhöhung der Humanitären Hilfe um 20 Prozent auf 530 Millionen Franken. Bundesrat Rene Felber plädierte am Freitag bei der Präsentation der entsprechenden Botschaft für eine bessere Abstimmung der Humanitären und der Entwicklungshilfe.

Ein Freundschaftsbesuch über die Grenzen hinweg

Die Regierung traf sich in St. Gallen mit der st. gallischen Regierung

Keine Sachthemen standen auf der Tagesordnung des Freundschaftsbesuches zwischen der liechtensteinischen und der st. gallischen Regierung, der gestern in St. Gallen und Neu St. Johann stattfand. Der freundschaftliche Gedankenaustausch führte die Mitglieder der beiden Regierungen in die Ausstellung «Zeitgenössische Künstschaffen aus Liechtenstein», die gegenwärtig im Regierungsgebäude in St. Gallen zu sehen ist, sowie ins Johanneum und in die Klosterkirche Neu St. Johann.

Der letzte Besuch der liechtensteinischen Regierung datiert bereits aus dem Jahre 1978, während die St. Galler Regierung 1984 in Vaduz weilte.

Diese Besuche dienen jeweils nicht konkreten Verhandlungen oder Besprechungen, sondern dem freundschaftlichen Gedankenaustausch über den Grenzen hinweg. Ähnliche Besuche und Gegenbesuche werden regelmässig auch mit Graubünden und Vorarlberg gepflogen.



Die liechtensteinische Regierung war gestern zu Gast bei der St. Galler Regierung. Unser Bild zeigt Landammann Burkhard Veisch, (links) im Gespräch mit Regierungschef Hans Brunhart (rechts) und Regierungsrat Wilfried Büchel (Mitte) in der Ausstellung «Zeitgenössische Kunst aus Liechtenstein».

Sehen und gesehen werden

Brillen Kontaktlinsen
Optik - mit der Sie sich sehen lassen können!
Grunastrasse 1 - 9470 Buchs - Telefon 085 / 628 18

«Radio Liechtenstein»

Interview mit Regierungsrat Wilfried Büchel

Die rechtlichen Voraussetzungen werden gegeben sein, so dass der Sendebeginn in der zweiten Hälfte 1989 durchaus möglich erscheint. Diese Auffassung vertritt Regierungsrat Wilfried Büchel in einem Volksblatt-Interview über «Radio Liechtenstein». Ob ein eigener Radiosender tatsächlich ab diesem Zeitpunkt zu hören sein wird, hängt damit vor allem von den – bisher – vier Konzessionswerbungen ab, die sich auf eine gemeinsame Trägerschaft für «Radio Liechtenstein einigen müssen.

Vorerst wird sich der Landtag in seiner Sitzung vom 29. und 30. Juni 1988 mit dem Medienpapier beschäftigen, das von der Regierung und einer Medienkommission vorgelegt wurde und Vorschläge für das weitere Vorgehen im Bereich von Radio und Fernsehen enthält. Nach dem Vorschlag der Regierung wird nach zustimmender Kenntnisnahme der Berichte durch den Landtag eine auf dem Gesetz über Radio und Fernsehen basierende Verordnung herausgegeben, welche die notwendigen Bestimmungen für den Betrieb eines Radiosenders enthalten soll.

Über den Medienfonds wird der Staat die Mittel für die Sende- und Empfangsmöglichkeiten zur Verfügung stellen, wobei vorerst – während 3-5 Jahre dauernden Versuchsphase – die Sendeanlagen Buchserberg in Anspruch genommen werden soll. «Der

Staat engagiert sich finanziell also im infrastrukturellen Bereich, während die privaten Konzessionswerber für den Sendebetrieb aufzukommen haben. Zur Finanzierung lässt die Regierung, wie Regierungsrat Wilfried Büchel ausführte, unter gewissen Einschränkungen Werbung zu.

Zur Frage, ob dem Landtag nun ein Medienpapier oder ein Medienkonzept vorgelegt werde, meinte Regierungsrat Wilfried Büchel, die Medienkommission sei weder personell noch fachlich in der Lage gewesen, ein umfassendes Medienkonzept auszuarbeiten. Sie habe sich nach einer Bestandaufnahme über die Medienlandschaft in unserem Land vor allem mit den Medien Radio und Fernsehen befasst. (G.M.)

Das Interview mit Regierungsrat Wilfried Büchel lesen Sie auf Seite 3 der heutigen Ausgabe.

Energiepolitische Grundsatzentscheide

Kaiseraugt-Verzicht nur mit Energieabgabe oder Sparbeschluss

Bern (AP) Der Bundesrat will auf das KKW Kaiseraugt nur dann verzichten, wenn wirksame Energiesparmassnahmen getroffen werden. Dabei denkt er an eine Energieabgabe oder an einen vorgezogenen Sparbeschluss, wie Bundesrat Adolf Ogi zu den Entscheiden der Landesregierung in der energiepolitischen Klausursitzung vom Freitag erklärte. Der Bundesrat will die Option Kernenergie offenhalten, sagt Nein zu Ausstiegs- und Moratoriums-Initiative und erachtet die Gewähr für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle grundsätzlich als gegeben.

Ogi erklärte nach der viereinhalbstündigen Sitzung, der eine erste Energiesondertagung am 20. April vorangegangen war, der Bundesrat halte an seinen Zielen einer ausreichenden, kostengünstigen, unter wirtschaftlich optimalen Bedingungen produzierten und umweltschonenden Versorgung fest. Nur müsse die Energie künftig rationeller verwendet und die Verschwendung stärker bekämpft werden. Das Fundament sei der in der Vorberatenden Nationalratskommission abhängige Energieartikel und die dazugehörige Gesetzgebung. Diese Vorlage soll vom Parlament zügig an die Hand genommen werden, so dass die Behandlung im Er-

strat in der Septembersession erfolgen könne.

Ein Verzicht auf Kaiseraugt dürfe nicht mit einer Erhöhung der Auslandabhängigkeit und einem Verbrauchsanstieg bei den fossilen Energien realisiert werden. Wirksame Sparmassnahmen – hier befürwortet der Bundesrat eine zehnprozentige Energieabgabe – seien die Voraussetzung für den Verzicht. Deshalb wolle der Bundesrat die zwei bürgerlichen Motionen für den Verzicht auf Kaiseraugt nur als Postulate entgegennehmen. Wäre das Parlament damit einverstanden, bedeute diese ein Verhandlungsauftrag.

Sparkampagne ab Herbst

Noch offen ist für den Bundesrat die konkrete Ausgestaltung eines Sparbeschlusses. Ein Stromspargesetz könnte auf der geltenden Verfassungsgrundlage erlassen werden, während ein umfassendes Energiespargesetz möglicherweise auf das Umweltschutzgesetz oder dann auf einen neuen Verfassungsartikel abgestützt werden könnte. In diesem Zusammenhang kündigte Ogi an, dass im kommenden Oktober eine nationale Sparkampagne unter dem Namen «Bravo» lanciert werden soll.

Dänemark: Neue Regierungskoalition

Kopenhagen (AP) Dem amtierenden dänischen Ministerpräsidenten Poul Schlüter ist es am Freitag gelungen, eine neue Koalition für eine Minderheitsregierung zusammenzubringen. In Kopenhagen hiess es am Freitag, Schlüter werde in Kürze Königin Margarethe II. seine Pläne unterbreiten. Sie umfassten eine Dreiparteienkoalition aus der Konservativen Volkspartei Schlüters, den Liberalen und den Sozialliberalen. Die Koalition hätte 67 der 179 Parlamentssitze inne.

Schöner arbeiten mit LISTA
Center
A. BECK AKTIENGESELLSCHAFT
NEUBAU, FL. 9485 FRIEBEN
TELEFON 075/8 53 77